

Schwarzwälder Tageszeitung

Geegründet
1877

"Aus den Tannen"

Fernsprecher
Nr. 11

Wochenblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Abonnement: Für den Monat Dezember 300 Mark. Einzelhefte: 30 Mark. Fernsprecher: 11 Mark. Druckkosten: 10 Mark. Anzeigen: 10 Mark. Abdruck: 10 Mark. Abdruck: 10 Mark. Abdruck: 10 Mark.

Nr. 303

Altensteig, Freitag den 29. Dezember.

Jahrgang 1922

Die absichtliche Verfehlung Deutschlands

Die von der Wiederherstellungskommission mit Mehrheit festgestellten „vorsätzlichen Verfehlungen Deutschlands“ sind lediglich ein Vorwand zur Durchführung der Poincaré'schen Politik. Die vorsätzliche Verfehlung Deutschlands besteht darin, daß Deutschland die von Frankreich verlangten 200 000 Kubikmeter Telegraphenleitungen und 55 000 Kubikmeter geschüttete Bretter nicht rechtzeitig geliefert hat, weil es sie nicht zeitlos liefern konnte. Geliefert wurden bis zum 15. Dezember 35 000 Kubikmeter Schmittbretter und 65 000 Kubikmeter Telegraphenleitungen, also immerhin eine Leistung, die für deutsche Verhältnisse nennenswert ist. Trotzdem hat sich die deutsche Regierung bereit erklärt, die rückständige Menge bis 31. März kommenden Jahres nachzuliefern. Frankreich hat von diesem Angebot keinen Gebrauch gemacht, sich vielmehr bei der Reparationskommission beschwert, die dann die bekannte Entscheidung gefällt hat. Die nächste Folge dieser Entscheidung ist, daß Deutschland die nicht gelieferte Holzmenge bis 31. Dezember in bar zahlen muß. Die Reparationskommission hat bereits in diesem Sinne entschieden. Damit allein wird sich aber Poincaré kaum zufrieden geben. Nach Par. 17 der Anlage 2 des Teiles 8 zum Friedensvertrag muß die Reparationskommission jede Verfehlung Deutschlands sofort allen in ihr vertretenen Regierungen mitteilen und gleichzeitig Vorschläge über Strafmaßnahmen machen. Der Par. 18 besagt weiter, daß Maßnahmen wirtschaftlicher und finanzieller Natur in Betracht kommen, überhaupt alle Maßnahmen, die die alliierten Regierungen für angebracht erachten. Es ist nun nicht ausgeschlossen, daß Frankreich den Artikel 18 benutzt, um gegen Deutschland isoliert vorzugehen. Der „Temps“ läßt dies bereits durchblicken, indem er die französische Regierung auffordert, jetzt die im Friedensvertrag vorgesehenen Sanktionen gegen Deutschland anzuwenden. Weiter sagt das Blatt, daß sich Frankreich jetzt unter keinen Umständen davon abbringen lassen werde, und daß Poincaré in den nächsten Tagen den Alliierten seine Vorschläge unterbreiten werde.

Die politische Lage hat durch den Beschluß der Reparationskommission zweifellos eine außerordentlich ernste Wendung angenommen. Die moralische Stellung Poincarés zu Beginn der Pariser Konferenz wird durch sie gewaltig gestärkt. Seit langem schon war Poincarés ganzes Trachten ja darauf gerichtet — und wiederholt hat er sein Ziel auch angekündigt — eine Verfehlung Deutschlands feststellen zu lassen, um freie Hand für seine Pläne zu erhalten. Nun glaubt er es erreicht zu haben. Aber nur bedingt, das muß in diesem Zusammenhang klipp und klar herausgestellt werden: Nur eine vorsätzliche Verfehlung Deutschlands gibt den Alliierten das Recht zu Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland. Diese fehlt aber unter allen Umständen und es ist eine Verleumdung der Tatsachen, wenn die französische Presse den Weg zu Sanktionen frei sieht. Die Vorforderungen, die von den Alliierten an Deutschland gestellt worden sind, waren unter den damit gestellten Bedingungen und zu den aufgestellten Terminen auch unter den denkbar höchsten Anstrengungen schlechterdings nicht auszuführen. Deutschland ist von jeher ein Holzimportland. Wie groß der Unterschied zwischen den Anforderungen der Entente und unseren Leistungsmöglichkeiten ist, geht daraus hervor, daß Deutschland seine Leistungsfähigkeit auf 1,44 Millionen Festmeter geschätzt hat, während die Reparationskommission 4,8 Millionen Festmeter für 1922 forderte.

Bisher hatte es den Anschein, als ob es der deutschen Regierung gelingen würde, die Reparationskommission auf Grund des beigebachten sachmännischen Beweismaterials von der Unmöglichkeit ihrer Forderungen zu überzeugen. Eine sachliche Prüfung der Holzlieferungsfrage hätte zu gar keinem anderen Ergebnis führen können. Aber nicht sachliche, sondern politische Gründe haben zu der Entscheidung der Reparationskommission geführt, die eine juristische Konstruktion im besten Sinne darstellt. Das Reichskabinett hat sich dem Beschluß der Reparationskommission, von dem es offiziell noch nicht in Kenntnis gesetzt wurde, noch nicht beschäftigt, doch ist man in Versailles maßgebenden Stellen über die gefährlichen Folgen, die sich aus diesem Schritt der Reparationskommission ergeben können, vollkommen klar.

Die Not der Pfalz.

Auf eine kurze Anfrage pfälzischer Abgeordneter im Bayerischen Landtage hat die Regierung folgende Aufstellung vorgelegt:

In der Pfalz sind für Befahrungszwecke beschlagnahmt: An Land: 1. 215 Hektar Gelände, das bereits vor und während des Krieges von der deutschen Regierung als Truppenübungs-, Exerzier- und Schießplätze benutzt wurde. Die bisher entstandenen Kosten belaufen sich auf insgesamt 493 000 Mark; 2. 36 380 Hektar Sportplätze, die bereits früher diese Zweckbestimmung hatten. Die bisher entstandenen Kosten belaufen sich auf insgesamt 240 993 Mark.

Dazu kommen an Neubeschlagnahmen: 1. Für fertiggestellte neue Flugplätze 127 130 Hektar bestes Ackerland mit einem Kostenaufwand von bisher 70 380 000 Mark. 2. Für einen Flugplatz, einen Truppenübungsplatz und einen Bombenabwurfplatz, die zurzeit in Ausführung begriffen oder geplant sind, 3251 Hektar und zwar zum größten Teil Wald, meist sehr wüchsiger Buchen- und Eichenbestand, zum anderen Teil aber auch bestes Ackerland. Die Kosten sind veranschlagt mit 439 Millionen Mark. 3. Für verschiedene Zwecke wie Munitionsplätze, Friedhofszwecke, Fliegerbarackplätze fünf Hektar, die insgesamt 12 272 Mark jährliche Pacht und an Kosten bisher 121 000 Mark erforderten.

An Gebäuden: 14 öffentliche Gebäude des Reichs, der Länder und Gemeinden vollständig, außerdem 157 Zimmer in öffentlichen Gebäuden, 33 Schulräume, 1 Kino vollständig, 1 teilweise, 11 Fabriken vollständig, 30 einzelne Fabrikräume, 4 Turnhallen, 48 Ställe, Schuppen, Garagen usw., 13 andere Baulichkeiten vollständig, 88 teilweise, 1 Kirche vollständig, 1 teilweise. Die vom Reich hierfür bisher aufgewandten Kosten, die sehr erheblich sind, können nicht angegeben werden, weil die Reichsvermögensverwaltung nicht über sämtliche Unterlagen verfügt.

Um die beschlagnahmten Gebäude bzw. Räume von der Beschlagnahme freizustellen, werden errichtet: 37 Bauten wie Kasernen, Benzindepots, Bureauhaus, Munitionsdepot, Proviantämter usw. Die Aufschlagkosten belaufen sich zurzeit auf 1 357 277 000 Mark.

Für obige Zwecke sind bereits aufgewendet oder nach den Vorschlägen noch aufzuwenden 1 867 511 993 Mark. Der Betrag reicht aber angesichts der immer noch fortschreitenden Geldentwertung bei weitem nicht aus und berücksichtigt nicht die jährlich zu entstehenden Ernteaussfälle, die zurzeit mit jährlich 20 Millionen Mark eher zu niedrig als zu hoch angegeben sind.

An Privatquartieren sind beschlagnahmt 893 Wohnungen vollständig mit 3787 Zimmern, außerdem 814 Einzelzimmer. Zur Entlastung werden gebaut: 571 Wohnungen für Offiziere, 329 Wohnungen für Unteroffiziere. Die Kosten hierfür sind zurzeit auf 2 771 635 000 Mark veranschlagt.

Bei sämtlichen Anforderungen, die dem deutschen Standpunkt widersprechen oder die Interessen der Bevölkerung wesentlich beeinträchtigen, sind bei der Rheinlands-Kommission Vorstellungen erhoben worden. Diesen Vorstellungen war aber bisher nur in ganz wenigen Fällen ein Erfolg beschieden. Auch diplomatische Verhandlungen, die in besonders schwerwiegenden Fällen geführt wurden, hatten kaum besseren Erfolg.

Württemberg im Jahr 1922.

Die wirtschaftliche Entwicklung war besonders durch die für die Landwirtschaft sehr ungünstige Witterung im Sommer und Herbst beeinträchtigt. Die Getreideernte ist nicht bloß endlos hinausgezögert, sondern durch das Verderben der Frucht draußen so herabgemindert worden, daß sie auf Schätzungsweise bloß 8,4 Millionen Zentner, statt dem Durchschnitt der letzten 11 Jahre mit 11,2 Millionen Zentner, zurückging. Die Kartoffeln gaben zwar reichlich aus, sind aber in nicht sandigen Böden wenig haltbar und krank. Der reiche Wein hatte keine Sonne und infolgedessen fehlt ihm der Zuckergehalt, und die ebenfalls reichliche Obsternte konnte wegen der Zusammendrängung aller Herbstgeschäfte kaum geborgen werden. Dabei sind die landwirtschaftlichen Kreise fast dem Dollar entsprechend ungedeuer gestiegen, haben aber doch nicht genug ertragen, um die Verlorenen mit

Dängemitteln für das kommende Jahr zu sichern, so daß der Staat der Landwirtschaft einen Kredit von 1 Milliarde Mark zur Verfügung stellen mußte. Zu der auch von der württembergischen Landwirtschaft und ihrer Vertretung, der Landwirtschaftskammer, außerordentlich scharf und grundsätzlich bekämpften Getreidemalage müssen infolge der schlechten Ernte statt 35 000 wenigstens bloß 22 000 Tonnen abgeliefert werden. Die Ernährung der Städte wird dabei immer schwieriger. Die Versorgung mit Milch und Milcherzeugnissen ist, besonders seit der Arbeit der Kempener Milch- und Käsefabrik so gut wie völlig zusammengebrochen. Industrie, Handel und Gewerbe haben die scheinbare Blüte bewahren können und wenigstens die Arbeitslosigkeit vollständig verschwinden lassen. Die Arbeitslöhne sind sehr stark, aber lange nicht entsprechend den Lebenskosten gestiegen. Ein schwerer Wirtschaftskampf, der freilich politischen Hintergrund hatte, herrschte in der württembergischen Metallindustrie mit dem am 18. März ausgebrochenen und erst am 24. Mai beendeten großen Streit um die Arbeitszeit, der beiden Teilen und dem ganzen Lande schwere Wunden schlug und schließlich den Arbeitgebern größere Erfolge brachte. Sonst blieb das Land, von kürzeren Streiks in der Schwarzwälder Uhrenindustrie und in der Holzindustrie abgesehen, von solchen Kämpfen verschont; die Tarifabmachungen haben sie immerhin verhindert. Arbeitswilligkeit und Verdienstinwendigkeit sind gewachsen. Das württembergische Gewerbe hat einen wichtigen Erfolg in dem Ende September zustande gekommenen Sachlieferungsabkommen der Württ. Rohstoffgesellschaft unter Direktor Dr. Schöner mit der französischen sogenannten Gallieni-Gruppe erzielt, der es an den Ausbauleistungen für Frankreich mit Aufträgen in Höhe von 200 Millionen Franken beteiligt. Auch die Gewinnung von Boraxberger Wasserkraften für die Oberschwäbischen Elektrizitätswerke (Vertrag vom 22. August) ist wirtschaftlich von großer Bedeutung. Leider mußte am Neckaranal die Bautätigkeit infolge der Geldentwertung erheblich eingeschränkt werden, obgleich die Neckarattienengesellschaft ihr Kapital stark erhöhte und unter Bürgschaft des Reiches und der angrenzenden Länder auch ein Darlehen von 600 Millionen Mark aufgenommen hat. Ein Glück, daß der Stuttgarter neue Hauptbahnhof wenigstens in seiner ersten Hälfte im Lauf dieses Jahres fertiggestellt und am 23. Oktober in Betrieb genommen werden konnte. Das geistige Leben hat unter der allgemeinen Notlage stark gelitten; aber doch hält auch Württemberg da zäh fest. Tapfer wehren sich die Hochschulen und Bibliotheken. Hohenheim bekam bei seiner Jahreshunderstfeier im Juni die Rektoratsverfassung. Von den Stuttgarter Sammlungen konnte das Schloß-Museum erweitert werden. Die Reichstagsung für Denkmalspflege und Heimatschutz in Stuttgart vom 27. bis 30. September zeigte das rege Leben auf diesem Gebiet. Die Theater halten sich noch. In Heilbronn und Ulm freilich schon stark bedroht. Das Stuttgarter Landestheater hat für den verstorbenen Generalmusikdirektor Busch in Karl Leonhardt guten Ersatz gefunden. Und alle Kreise des Volkes drängen zu den Möglichkeiten, ihren Kindern eine bessere Schulbildung zuteil werden zu lassen. Das sind doch einzelne Lichtblicke in dieser dunklen Zeit!

Neues vom Tage.

Fünf Fragen an die Reichsregierung.

Berlin, 28. Dez. Die Gewerkschaften haben in Anbetracht der gespannten wirtschaftlichen und politischen Lage eine Besprechung mit dem Reichsfinanzminister verlangt, die am Freitag stattfinden soll. Dem Brief, der dieses Verlangen zum Ausdruck brachte, fügten die Gewerkschaften einen Fragebogen bei, der von der Regierung am Freitag beantwortet werden soll. Die fünf gestellten Fragen besagen u. a. folgendes:

1. Inwieweit hat die Regierung Sorge getroffen, daß für die kommende Brotpreiserhöhung ein Ausgleich in den Löhnen und Gehältern auch in der Privatindustrie geschaffen wird?
2. Inwieweit hat die Regierung dafür Sorge getragen, daß die der Entente angebotenen Maßnahmen innerwirtschaftlicher Art in den Kreisen der Wirtschaft keinen Widerstand zu erwarten haben, und inwieweit ist die Regierung bereit, bei der Vorbereitung dieser innerwirtschaftlichen Maßnahmen auch Sachverständige aus den Reihen der Gewerkschaften zu hören?
3. Ist die Reichsregierung bereit, die Ungerechtigkeiten des Reichseinkommensteuergesetzes, insbesondere für die Lohnsteuerpflichtigen bei den in Arbeit befindlichen Ergänzungsentwürfen zum Einkommensteuergesetz auszugleichen?

4. Welche Absicht hat die Regierung zur Bekämpfung der Wohnungsnot; insbesondere, inwieweit will sie auf eine Kontrolle der Baukosten hinwirken?

5. Was gedenkt die Regierung zur Bekämpfung des Wuchers zu tun? Will sie dafür sorgen, daß die Rechtsgrundlage der Wucherbekämpfung, insbesondere die Frage des Wiederbeschaffungspreises bald eine Klärung erfährt?

Reichsernährungsminister Dr. Luther erklärt die Brotversorgung für gesichert.

Essen, 28. Dez. Der Reichsernährungsminister Dr. Luther empfing die Vertreter der Essener Zeugen und bestätigte seine Erklärung, daß bei Einspannung aller Kräfte und, selbstverständlich, einschließlich der vorgezeichneten und zum erheblichen Teil bereits bewirkten Auslandszufuhr die Brotversorgung für den Winter gesichert sei. Streckung durch Kartoffeln komme, wenn überhaupt, nur in geringem Umfang in Frage. Als ernsteste Angelegenheit dieses Winters bezeichnete er die Milchversorgung und wies unter Bezugnahme auf das Essener System der Vereinbarungen zwischen Verbrauchern und Erzeugern auf die Notwendigkeit von Erleichterungen zugunsten unseres Nachwuchses, besonders in den ländlichen Familien hin. Er teilte mit, daß kürzlich eine Verordnung ergangen sei, wonach die Landesregierungen den Ankauf von Butter und Käse an eine besondere Genehmigung knüpfen können. Der Minister betonte weiter, daß die Frage unserer Ernährung, besonders auch in der Zukunft, so ernst sei, daß sie auf jeder Parteipolitik ausgedacht und rein sachlich behandelt werden müsse. Werde aber einmütig zusammengearbeitet und die Produktionssteigerung stets im Auge behalten, so könne man durchaus die Hoffnung in die Zukunft setzen.

Pariser Alarm.

Paris, 28. Dez. Die Pariser Blättermeldung besagt: Im Anschluß an die Entscheidung der Reparationskommission in der Frage der deutschen Holzlieferungen hat die französische Regierung beschlossen, auf der Pariser Konferenz die Alliierten zur gemeinsamen Ergreifung von Sanktionen aufzufordern. Wenn die Alliierten nicht geneigt sein sollten, sich an den Sanktionen zu beteiligen, wären die Franzosen entschlossen, diese allein in Angriff zu nehmen.

Zur Verfestigung der Reparationskommission

Paris, 28. Dez. Von eingehender deutscher Seite wird zur Entscheidung der Reparationskommission in der Frage der Holzlieferungen folgendes mitgeteilt: Dem Buchstaben des Vertrages nach ist die Feststellung der Reparationskommission unbestreitbar. Deutschland hat tatsächlich in diesem Jahre nicht die vereinbarte Menge von Telegraphenstangen und zugehörigem Bauholz geliefert. Darüber aber hat die Reparationskommission schon vor einigen Wochen mit deutschen Vertretern eine Aussprache gehabt, in der das deutsche Versäumnis mit technischen Hindernissen erklärt und von deutscher Seite angeboten wurde, die fehlende Menge in den ersten 3 Monaten des kommenden Jahres nachzuliefern. Die Reparationskommission nahm das zur Kenntnis und befristete die Entscheidung darüber vor. Der Sache nach war jedenfalls damit eine annehmbare Lösung angeboten und mehr als das. Gleichzeitig wurde, da sich die einschlägigen Verhältnisse in Deutschland geändert hatten, sogar die sofortige Lieferung eines gewissen Postens von Telegraphenstangen angeboten, allerdings mit dem Erfolg, daß es auf französischer Seite hieß, die Abnahmecommission seien schon zurückgezogen, da für die Holzlieferungen der vereinbarte Termin bis Ende November verstrichen sei. Es sind demnach rein formale Gesichtspunkte, die die Feststellung der sogenannten deutschen Verfehlung herbeiführten. Daß in der Reparationskommission, in der man diese Einzelheiten genau kannte, sich wenigstens eine Stimme, die des Engländers fand, die aus einem solchen rein formalen

Versäumnis nicht eine schwerwiegende Vorwürfung ziehen wollte, ist begreiflich. Hinter der Entscheidung steht in Wirklichkeit nur Frankreich, d. h. Poincaré, der dem französischen Vertreter in der Reparationskommission, Barthou, die nötige Weisung gab, übereinstimmend mit der Drohung, die in seiner letzten Senatsrede ausgesprochen wurde. Was damit bezweckt wird, ergibt sich aus einer Mitteilung der Pariser Blätter, wonach Poincaré die Frage vor die Pariser Ministerkonferenz am 2. Januar bringen will. Er will mit der deutschen Verfehlung einen Triumph auszuspielen versuchen. Indessen ist kaum ein Grund vorhanden, diesem Zwischenfall eine zu große Bedeutung beizumessen. Es handelt sich nicht um eine Affäre von politischer Tragweite.

Die englischen Vorschläge zur Pariser Konferenz.

Paris, 28. Dez. Ueber die englischen Vorschläge für die Pariser Konferenz erfährt die „Daily Mail“, daß Bonar Law entschlossen sei, bei einer gerechten Herabsetzung der deutschen Reparationsschuld und der Festsetzung einer Summe, die wirklich aufgebracht werden kann, mit den Verbündeten zusammen Strafmaßnahmen gegen Deutschland für den Fall der Nichterfüllung zu beschließen und England an der Ausführung dieser Maßnahmen teilnehmen zu lassen. Wenn die Frage der Wiedergutmachung in Ordnung gebracht sei, wäre Bonar Law dem genannten Blatt zufolge, bereit, für die Regelung der interalliierten Schulden Vorschläge zu machen, die von den Alliierten wahrscheinlich günstig aufgenommen würden.

Die Frage der deutschen Stahllieferungen.

Paris, 28. Dez. In der Frage der Stahllieferungen, die Frankreich von Deutschland fordert, glaubt die „Information“ meiden zu können, daß die französische Regierung dem deutschen Botschafter in Paris dieser Tage eine neue Note zur Erwiderung auf die von deutscher Seite erfolgte Ablehnung überreichen werde. Der deutsche Standpunkt in dieser Frage ist der, daß die Stahllieferungen auf Grund des im Londoner Zahlungsplan zum Versailler Vertrag beschlossenen Anhangs gefordert werden und dem Wortlaut dieses Anhangs entsprechend für solche Lieferungen der Zeitpunkt maßgebend ist, daß Deutschland nach seinen wirtschaftlichen Verhältnissen in der Lage ist, die geforderten Lieferungen zu leisten. Nach diesem Gesichtspunkt wäre Deutschland zur Ablieferung von Stahlfabrikat, da es diesen selbst in hohem Grade braucht, nicht verpflichtet.

Frankreich, Belgien und Italien über die Sanktionen einig

Paris, 28. Dez. Eine längere Ghabasnote beschäftigt sich mit dem Beschluß der Reparationskommission über die Verfehlung Deutschlands bei den Holzlieferungen und mit dem Plan Frankreichs bei den Verhandlungen am 2. Januar. Es heißt darin u. a.: Ueber die genaue Absichten Bonar Laws ist man noch nicht vollständig im Klaren. Andererseits steht aber fest, daß zwischen den Kabinetten von Paris und Brüssel in der Reparationsfrage keine Meinungsverschiedenheit besteht. Aus Rom treffen ebenfalls Meldungen ein über eine Annäherung der französischen und italienischen Standpunkte. Italien scheint der ausschließlich zivilen Kontrolle der staatlichen Wälder und der Bergwerke im Ruhrgebiet, der Beschlagnahme der Zölle, der Ausgabe einer inneren Anleihe in der Höhe von 3 Milliarden Goldmark durch Deutschland, für welche die deutschen Banken und die deutsche Industrie Sicherheiten zu bieten hätten, günstig gesinnt zu sein. Die internationalen Sanktionen hätten im Falle der Nicht-

erfüllung der Verpflichtungen durch Deutschland automatisch einzusetzen. Die italienische Auffassung steht somit der französischen These in keiner Weise entgegen, da auch sie die Kontrolle der Ruhrbergwerke vorseht, wenn auch ohne die Anwesenheit eines Minimums von Truppen, das Frankreich als notwendig erachtet. Differenzen bestehen demnach eigentlich mehr hinsichtlich der Modalitäten der Durchführung, als über den eigentlichen Inhalt des Deutschland gegenüber anzuwendenden Planes.

Die Verfehlung: wie in Berlin eingetroffen.

Berlin, 28. Dez. Der Text der Note in Sachen der deutschen Holzlieferungen ergibt, wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, einwandfrei, daß die Reparationskommission keine vorläufige Verfehlung Deutschlands, sondern eine Nichterfüllung schlechthin festgestellt hat. Juristisch liegt also die Angelegenheit so, daß Deutschland auf Grund des Art. 17 des Versailler Vertrags lediglich gezwungen werden kann, die fehlenden Holzlieferungen durch Zahlung in bar zu erlegen.

Zufsendung Bergmanns zur Pariser Konferenz?

Paris, 28. Dez. Dem Berliner Korrespondenten des „Petit Parisien“ zufolge wird in Berlin gut informierten Kreisen behauptet, Kanzler Cuno werde zur Pariser Konferenz keine schriftlichen Vorschläge (?) einbringen, sondern Staatssekretär Bergmann beauftragen, die neuen deutschen Vorschläge persönlich der Prüfung der Konferenz zu unterbreiten.

Poincarés neueste Forderungen.

Paris, 28. Dez. Der „Revue Social“ will wissen, daß Poincaré den Verbündeten am 2. Januar die Ausbeutung des bei Wiesbaden liegenden Waldes vorschlagen werde, um die fehlenden Holzlieferungen von Deutschland zu vervollständigen. Der Wald würde, wenn Deutschland ihn selbst nicht ausbeuten könnte, von französischen Soldaten oder von englischen Arbeitern, die dazu herangezogen würden, abgeholzt werden. Vorher sollen aber zunächst die Holzvorräte im Rheinland beschlagnahmt werden.

Mussolini verlangt Zusicherungen.

Paris, 28. Dez. Aus Rom wird dem Chicago Tribune gemeldet: Mussolini richtete eine Note an das englische und französische Außenministerium, in der erklärt wird, daß er sich auf der Pariser Konferenz am 2. Januar nur einfinden werde, wenn Frankreich und England ihm die Zusicherung geben, daß das Reparationsproblem ein für allemal gelöst wird. Es wird weiter darin ausgeführt, daß die europäischen Staatsmänner ihre Ansicht kundgeben müßten, denn die Epoche der fruchtlosen Konferenzen müßte zu Ende sein. Der Note ist ein italienisches Memorandum in der Reparationsfrage beigelegt, das u. a. die italienische Forderung nach reichlicherer Belieferung mit deutscher Kohle enthält.

Neue Schwierigkeiten in Lausanne.

London, 28. Dez. In Londoner politischen Kreisen ist der Optimismus, der noch bis vor einer Woche in Lausanne geherrschte, durch Beschlüsse der Konferenz gestürzt worden. Die türkische Obstruktionstaktik die Konferenz vorzeitig zu Ende bringen wird. Die Hartnäckigkeit, die die Türken jetzt entfalten, hat die Verhandlung zweifellos in ein kritisches Stadium gebracht. Man erwartet hier, daß bei Festhalten der gegenwärtigen türkischen Einstellung eine Lösung der Schwierigkeiten nachgerade unmöglich gemacht wird. Die alliierten Kommissionen werden wahrscheinlich in einigen Tagen den Türken ihre Beschlüsse vorlegen können, und die Türken werden sie dann entweder geneigt annehmen oder ablehnen müssen.

DIE BESTELLUNG unserer Zeitung für Januar nicht vergessen!

In letzter Stunde.

Erzählt von Jutta Kraack.

(Nachdruck verboten.)

Des Jahres letzte Stunde nahte — ah — endlich auch die Uhrzeit, die sie erst für den unerträglichen Qual der letzten Wochen.

Sie hatte ihn hinausgetragen, ihn, ihres Lebens Sonne, ohne den das Leben nicht mehr lebenswert schien. Ihre Kraft war gebrochen, nur ein Sechsen 109 durch ihre Brust — an seiner Seite zu ruhen, dort draußen, unter dem weißen Leinentuche der Natur. Nur der eine Gedanke beherrschte sie — ihn zu folgen und wenn sie das Bild ihres Geliebten ansah, das ihr so lieblich von der Wand zulächelte, so riefte sie zu: „Ich komme — auch — bald — ja bald.“

Und sie riefte zu ihrer großen Nichte, Alles wird geordnet, bedacht — Nur galt es noch, Weihnachtsfeier zu feiern — ihrem Kinde, ihrer kleinen Erbin, mit blutendem Herzen den Tribut zu zahlen, den Elternpflicht forderte. — Ihr Kind sollte heiter sein, glücklich — bis zur letzten Stunde, bis es mit ihr hinausgeschlummerte, sanft, friedlich, glücklich lächelnd.

Ihre Lippen flüsternd fröhliche, heitere Worte, sangen die alten, ewig neuen, trauten Lieder, unter dem strahlenden Weihnachtsbaum baute sich eine Halle der reichsten und schönsten Gaben, jeder erdenkliche Wunsch ihres Liebblings war erfüllt — doch ihr Herzblut kochte wie ein ungehemmter Quell und ihre Gedanken suchten ihn, ihn nur allein — dort draußen, wo sie auch heute einen Weihnachtsbaum errichtet und ihn geschmückt mit dunkelroten Rosen, rot wie ihr Herzblut —

Nun war auch das überstanden — nun war alles bereit, alle Qual sollte nun ein Ende haben — heute — mit dem entschwindenden Jahre — das ihr ihr Liebster geraubt, warf sie alles von sich, was das Leben ihr sonst in verächtlicher Weise verließen hatte, — es hatte keinen Wert mehr für sie.

Künftig betete sie ihr Kind, das ihrer beiden Sonnenkindern gewesen, in die kleinen Betischen. —

lehten Male — mit zarter Liebe umfing sie es und drückte leidenschaftliche Küsse auf das zarte Gesichtchen — noch einen letzten Blick warf sie auf das lebensgroße Bild ihres Liebsten, — lächelnd, freudig — nun komme ich. — Das Gaslicht erlosch —

Doch es war bald Mitternacht, ehe ihr Kindchen heute fest schlief — Nun endlich war sie am Ziele — noch einmal zogen die Bilder der glückseligen Vergangenheit an ihr vorüber, heiß wälzte die Sehnsucht auf — hastig griff sie zu den Schlafpulvern, 4, 5, 6, sie wußte nicht, wieviele es waren — nur nicht mehr denken brauchen.

Dann tasteten die schlanken Hände noch einmal zur Lampe — und das einschläfernde Gas entwich in leise summenden Wellen. Sie kamen zu ihr, legten sich schmeichelnd, — und kosend auf ihre arme, gequälte Stirn, umgaukelten sie und zauderten träumerische Bilder vor ihre sieberglühenden Augen, brachten ihr Vergessen — die Ruhe — den Frieden.

Da fühlte sie ein heißes, weiches Händchen an ihrer Wange und aus ihrem Traum drang die Stimme ihres Kindes zu ihr: „Mutter, tu es nicht, bitte, tu es nicht!“

So schmeichelte ihr Liebbling stets, wenn ihr junges Händchen nicht stubenrein gewesen und sie es strafen wollte. —

„Mutter, tu es nicht, tu es nicht.“ — Noch einmal drang das Stimmchen wie fliehend an ihr Ohr. —

Jäh und erschrocken richtete sie sich auf im Bett, fühlte nach ihrer glühenden Stirn. Ihr Kind, ja, ihr Kind, ihr Liebes, quältes — wollte sie es denn morden? — Es war ein Mord, ein Verbrechen, das sie an ihrem unschuldigen vertrauten Kinde begehen wollte — ihr Leben gab sie ja gern und freudig hin — aber ihr Kind, um das sie und ihr treuer Gatte vom ersten Tage an die Hände gebreitet, jeden Schritt behütend und bewachend, sich seines prächtigen Gedeihens, seiner erwachenden reichen Geistesgaben erfreuend, es sollte durch ihre Schuld sein junges, hoffnungsvolles Leben einbüßen? —

Sie hörte wie aus nächster Nähe die Stimme ihres teuren Gatten — „der Uebel größtes aber ist die Schuld!“ —

Rein, nein, jauchzig wolle sie nicht weeren, ihr Kind wollte sie nicht opfern und allein konnte, durfte sie es nicht zurücklassen — also hieß es — leben — ertragen — tapfer sein — kämpfen und ausharren — bis zum Siege. —

Ein schneller Griff — das summende, kauselnde Geräusch erstarb — ein zweiter, die hohen Fensterflügel flogen auf und mit der hereinströmenden klaren Winterluft drangen die schwingenden, singenden Glockentöne von allen Kirchen zu ihr, fanden den Weg zu ihrem Herzen, lösten den schweren Bann, der auf ihrer Seele, ihrem Gemüte gelegen und heiße, schwere Tropfen rannen über ihre Wangen. Dann sank sie vor dem Bett ihres Kindes in die Knie, ihre Augen suchten das Porträt ihres Gatten und als das hereinflutende Mondlicht über seine Züge glitt, da schienen sie Leben zu gewinnen, und lächelnd und zufrieden auf das lebliche Bild unter sich zu blicken und das heiße Gebälde — tapfer zu sein, mutig auszuhalten, auch unter dem Banner des Leidens, des Schmerzes — segnend zu begründen.

In der klaren, flimmernden Nacht aber schwebten noch freudebringend die Glockentöne — jauchzten fröhliche Menschen dem neuen Jahr entgegen. —

Dann ging er heimwärts. Mit einbrechender Nacht kam er zu Hause an. Er sah im Stall nach dem Rechten und gab dem Vieh noch einmal räumte im Hof alles sauber zusammen, dem Sonntag Platz zu machen, und schloß die Scheune ab. —

Schon stand das Nachessen bereit. Schwiegend genossen sie ihre Waffersuppe, Kartoffeln dazu und Knollenmilch. Alle waren müde, auch das Börgle. Schlaftrüg ließ er die Augenlider herunterhängen, doch mit einmal fuhr er auf: „Fast hat' ich's vergessen, Dorle; einen schönen Gruß soll ich dir ausrichten vom Maschinenreiß!“

Der Vater reckte den Kopf ein wenig in die Höhe und sah Dorle mit einem strengen, durchdringenden Blick. Das sah auch Börgle; er schweig, obwohl er nicht wußte, was er verbrochen hatte.

Dorle aber blieb stumm der Bissen im Munde stehend, ihr Gesicht war mit roter Blut übergeflossen.



Uns Stadt und Land.

Altenstele, 29. Dezember 1923.

— Ersparnisse. Im Hinblick auf die weitere Entwertung der Mark hat sich die Reichsfinanzverwaltung entschlossen, Sorten in weit höherem Nennwert zu prägen als es bisher geschehen ist. Der Reichsfinanzminister hat dem Reichsrat eine Vorlage zugehen lassen, die die Ausprägung von Ersparnissen im Nennwert von 10, 20, 50, 100, 200 und 500 M. vorsteht. Da es sich nicht um Zahlungsmittel, sondern um einen Ersatz für Zahlungsmittel handelt, soll niemand verpflichtet sein, Ersparnisse im Betrage von mehr als dem Nennwert des Nennwertes der einzelnen Münzen in Zahlung zu nehmen.

— Neue Fälschungen von 500 Markscheinen. Außer den bereits vor einiger Zeit gemeldeten falschen 500 Markscheinen der Ausgabe vom 7. Juli 1922 ist jetzt eine weitere gefälschte Serie dieser Scheine festgestellt worden. Im Gegensatz zu den zuerst beanstandeten haben diese Fälschungen schlechten Druck, insbesondere die Unterschriften unleserlich. Auch weisen sie diesmal ein von der Unterseite eingepreßtes gut ausgeführtes Wasserzeichen auf. Die Fälscherkreise der rechten blauen Seite sind sehr auffällig aufgedruckt. Die Scheine tragen blaue Seriennummern.

— Zur Erhöhung der Pakettarife. Zu der Verdoppelung der Postgebühren am 15. Januar erläßt die Reichspostverwaltung nachträglich folgende Bekanntmachung: Abgesehen von der Postkarte im Fernverkehr, die von 15 auf 25 M. erhöht wird, werden die übrigen Gebühren durchweg verdoppelt. Eine wichtige Neuerung ist beim Pakettarif infolgedessen vorgesehen, als eine Vorstufe für Pakete bis zum Gewicht von 3 Kilo mit entsprechend niedrigeren Gebühren eingeführt wird. Ferner soll für Pakete im Gewicht von über 3 Kilo eine Verteuerung und zwar um je 50 M. in der Nation und um je 100 M. in der Fernzone eintreten. Wichtig ist die Wiedereinführung des Paketbestellgeldes und zwar sind sowohl Bestellgebühren für die in der Wohnung des Empfängers zu bestellenden Pakete als Paketausgabengebühren für die bei den Postanstalten abzuholenden Pakete vorgesehen. Das Bestellgeld für Pakete bis zum Gewicht von 10 Kilo soll 50 M., für schwerere Pakete 100 M. betragen. Die Paketausgabengebühr soll die Hälfte des Paketbestellgeldes betragen.

Stuttg., 28. Dez. (Ehruz des Staatspräsidenten Dr. Hieber.) Eine schöne und ehrenvolle Weihnachtsüberbringung brachte dem Staatspräsidenten Dr. Hieber seine Heimatgemeinde Waldhausen, O.A. Weizheim. Eine Abordnung der Gemeinde, an der Spitze der Ortsvorsteher, überbrachte auf Grund einstimmigen Beschlusses des Gemeinderats die Urkunde der Verleihung des Ehrenbürgerrechts an den Staatspräsidenten, da er sich, wie es in der Urkunde heißt, „in einer Weise um das Wohl der Allgemeinheit und insbesondere seiner Heimatgemeinde verdient gemacht hat, die höchster Ehruz würdig ist“. Der Staatspräsident nahm die Ehruz mit Worten warmsten Dankes entgegen.

Gerabrump, 28. Dez. (Milchwirtschaftlicher Fortbildungskurs.) An der staatlichen Molkereischule in Gerabrump wird vom 5. Februar an ein sechstägiger Fortbildungskurs für Molkereibesitzer, Vorstandsmitglieder und Redner von Molkereien und für sonstige Interessenten der Milchwirtschaft abgehalten.

Schwenningen, 28. Dez. (Millionenstiftungen.) Dem Stadtvorstand sind zu Weihnachten von Geh. Komm.-Rat Kienle und Frau 2 Millionen Mark zu einer Stiftung zu Gunsten von armen Mittelschichtangehörigen übergeben worden. Des Weiteren hat die Firma Friedrich Manthe gleichzeitig im Namen der Familien Dr. Manthe, Dr. Etter und Eugen Schreiber 3 Millionen Mark der Stadt für soziale Zwecke einschließlich Heimatnot überweisen lassen.

Mergelstetten, 28. Dez. (Wahl.) Bei der Ortsvorsteherwahl wurde Gemeindevorsteher Langensee von Ubingen, ein gebürtiger Heidenheimer, mit 425 Stimmen gewählt.

Der Vater legte den Köffel weg. Er holte das Gebetsbuch vom Bücherbrett und las nach seiner Gewohnheit den Abendgebet. Erst über den Tisch hinweg, das Buch ein wenig von sich weghaltend, las er mit langsamer, manchmal rauch anstöhnender, aber fester Stimme, darin die Heiterkeit und Hingabe an sein Tun zum Ausdruck kam und seine Vater- und Hausherrnwürde alle mit wohlthätiger Kraft umfaßte, ihnen seine wohlmeinende Sorge bot und Gehorsam verlangte.

Nach dem Nachtessen wurde Jergle gleich ins Bett geschickt. Der Hühnerbauer tat seine Stiefel herunter; Dorle nahm sie mit in die Küche hinaus, um sie zu waschen. „Hat der Schneider die Sonntagshose noch nicht gebracht?“ fragte der Vater.

„Nein“, antwortete das Dorle. „Ist doch auch gar nichts mit ihm, immer hinten-drein mit dem Geschäft!“ Dann zog er die Uhr auf und legte sich zu Bett.

Die beiden Frauenleut' hantierten noch fleißig in der Küche, dem Sonntag vollends den Weg zu bahnen.

Die letzte, die ins Bett ging, war Dorle. Müde war sie, sehr müde. Aber trotzdem war ihr, als sie die Treppe hinaufstieg, irgendeine Hoffnung hätte ihr den schweren Tag leichter gemacht und sie ginge etwas entgegen, daran zu denken sie mit holdseliger Bangigkeit und stillem Blick erfüllte. Am Sonntag läme vielleicht der Maschinenpreis. Einen Gruß hatte er ihr sagen lassen... Einen Gruß... Und morgen war Sonntag!

Pforzheim, 28. Dez. (Der Christbaum auf Reisen.) In einem Ort des Nordschwarzwaldes hat ein Pforzheimer einen Christbaum zu 110 M. gekauft. Er wollte diesen als Passagiergut nach Pforzheim nehmen. Die Bahnverwaltung ließ das aber nicht zu und der Pforzheimer sollte den Weihnachtsbaum als Expressgut aufgeben. Da man von ihm dafür 550 M. verlangte, sagte er seinen Baum in zwei Stücke und nahm ihn so in den Wagen mit.

Magau (bei Karlsruhe), 28. Dez. (Rheinlandtralle.) In der vergangenen Woche passierte der französische Kontrolldampfer „Voreley“ (ehemals deutscher Salzbadampfer) mit militärischer Besatzung die Magauer Brücke rheinwärts. In seiner Begleitung befanden sich zwei Motorboote mit Scheinwerfern und Maschinenabwehren.

So. Lang, 28. Dez. (Wahnsinnstat.) In der Gemeinde Oberthalen bei Thurgau (Schweiz) hat die 30jährige Frau des Landwirts Huber ihre Kinder, drei Mädchen im Alter von 2-3 Jahren und einen Knaben im Alter von 4 Jahren, in einem Anfall von Geistesgeistes in die Jauchegrube des Nachbarn geworfen, worauf sie dann selbst in die Grube sprang. Die Frau konnte gerettet werden, die drei Kinder sind in der Grube ertrunken.

Kleine Nachrichten aus aller Welt.

Friedrich Deligisch. In Bad Langensalza ist am Samstag der durch seine Babel- und Bibelübersetzung bekannt gewordene Professor Friedrich Deligisch, 72 Jahre alt, nach zehntägigem Krankenlager gestorben.

Der neue Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium. Als Nachfolger von Professor Hirsch ist Ministerialdirektor Dr. Trendelenburg als Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium in Aussicht genommen. Trendelenburg kammt aus dem Justizdienst, trat dann in das Reichswirtschaftsministerium ein. Er ist in hohem Maße hervorgerufen als Reichskommissar für Ein- und Ausfuhrbewilligung.

Die Bewohner der fünf Weichselstädter, die nach Beschluß der Völkerverversammlung in Polen gefallen sind, haben dem Berliner Auswärtigen Amt einen Protest gegen diesen Beschluß überreicht. Wie wir erfahren, wird das Auswärtige Amt diesen Protest der Völkerverversammlung gegenüber vertreten.

„Propheze“ Häuser für den Staatsgerichtshof erledigt. Das Amtsgericht Oldenburg hat gegen Häuser am 14. Dezember d. J. einen Haftbefehl erlassen. Dieser Haftbefehl wurde, da Häuser sich gegen das Gesetz zum Schutze der Republik vergangen hatte, vom Staatsgerichtshof gestrichelt und aufgehoben, weil Fluchtverdacht nicht vorliegt. Gleichzeitig ist die Sache an die Staatsanwaltschaft Oldenburg abgegeben worden.

Weihnachtswünsche. Die Theologenkast von Marburg hat folgendes Schreiben an Paris erhalten: „Die unterzeichneten Studenten der protestantischen theologischen Fakultät von Paris ergreifen die Gelegenheit des Weihnachtsfestes, um ihren deutschen Kameraden ihre Gefühle brüderlicher und christlicher Zuneigung auszudrücken.“

Ein deutsch-spanisches Handelsabkommen. Im spanischen Ministerrat gab der Minister des Aeußeren bekannt, daß er mit der deutschen Regierung ein Handelsabkommen geschlossen habe, wonach Deutschland vom 20. Dezember ab den spanischen Erzeugnissen Weichselbegünstigung gewähre. Spanien werde seinerseits die deutschen Erzeugnisse nach dem Tarif der zweiten Kolonne behandeln und den Koeffizienten für Länder mit entwerteter Währung aufrechterhalten.

Weihnachtswohltätigkeit. Die Weihnachtsammlung der „New Yorker Staatszeitung“ und der mit ihr verbundenen Blätter hat bisher 36 000 Dollar oder rund 280 Millionen M. erbracht, die dem Reichspräsidenten zur Verteilung übergeben worden sind. Im Benehmen mit dem Reichsarbeitsminister hat der Reichspräsident diese Summe auf die verschiedenen großen, das Reichsgebiet umfassenden Zentralorganisationen der freien Wohlfahrtsvereine verteilt. Unmittelbar vor Weihnachten ist dem Reichspräsidenten noch ein weiterer Beitrag von 9000 Dollar als Schlussrate der Weihnachtsammlung der „New Yorker Staatszeitung“ übermittleit worden, der nach Weihnachten zur Verteilung gelangen wird.

Straßenbahn zu verkaufen! Die Fortsetzung des Straßenbahnbetriebs in Würzburg hat sich als unmöglich herausgestellt. Die Betriebsmittel der Bahnen werden jetzt verkauft.

Handel und Verkehr.

Der Dollar notierte am Donnerstag in Frankfurt 7630,85 G., 7669,15 Br., in Berlin 7551,07 G. und 7588,93 Br.

- 1 Schweizer Franken = 1473,80 G., 1481,20 Br.
- 1 französischer Franken = 553,60 G., 556,40 Br.
- 1 italienischer Lira = 379,05 G., 380,95 Br.
- 1 holländischer Gulden = 3137,15 G., 3152,85 Br.
- 1 Pfund Sterling = 36 159 G., 36 340 Br.
- 100 österreichische Kronen = 10,67 G., 10,73 Br.
- 1 tschechische Krone = 242 G., 243 Br.
- 1 dänische Krone = 1556,10 G., 1568,90 Br.
- 1 schwedische Krone = 2017,45 G., 2027,55 Br.

Eine Roggenwert-Anleihe. Der Kreis Minden in Westfalen wird demnächst eine Roggenwert-Anleihe von 40 Millionen M. in Stücken zu 5, 2 und 1 Zentner Roggen ausgeben, die mit 5 Prozent verzinst und mit 3 Prozent getilgt werden soll. Ein Anleihefuß auf 1 Zentner Roggen wird jährlich mit 5 Pfund Roggen verzinst. Die Anleihe soll im wesentlichen Kreisbahnzwecken und der Förderung des Wohnungsbaues dienen.

Die Kohlenpreise. ... den Vertretern der Eisenindustrie haben sich auch andere industrielle Verbände an die Reichsregierung mit der dringenden Bitte gewandt, dafür Sorge zu tragen, daß von Lohnerehöhungen im Bergbau mit Wirkung vom 1. Januar abgesehen wird, da die damit verbundenen Kohlenpreiserhöhungen zur Zeit für das ganze Wirtschaftsleben untragbar sein würden.

Münchberger Dr. vom 27. Dez. Die Nachfrage war nach wie vor knapp und erstreckte sich auf verschiedene Qualitäten. Da aber gleichzeitig das Angebot keineswegs dringend war, erfuhren die Preise keinerlei Milderung. Am ganzen wurden vom 21. bis 27. Dezember knapp 150 Ballen verkauft. Die Abschlässe erstreckten sich auf fränkische Landhopsfen zu 79-96 000 und 80-102 000 M., Hallertauer mit und ohne Siegel zu 109- und 110 000 M., sowie einige Ballen Württemberger zu 100 000 M.

Mannheimer Produktionsbörse, 28. Dez. In der heutigen Produktionsbörse war die Haltung wesentlich fester infolge höherer Auslandsforderungen und geringem Angebot. Verlangt wurden für die 100 Kilo bahntreue Mannheim: Weizen 3800-36 000, Roggen 31-32 000, Gerste 25-27 000, inländischer Haber 24 bis 26 000, ausländischer 32-34 000, Mais 31 bis 32 000 M. Die offiziellen Mühlenrichtpreise für Weizenmehl Spez. 0 lauteten auf 54 500 M. die 100 Kilo, doch erfolgten Abschlässe kaum unter 56-57 000 M. Mele kostete 14 500-15 000 M. die 100 Kilo.

L.C. Stuttgart, 28. Dez. Dem Schlachtviehmarkt am Donnerstag wurden zugeführt: 129 Ochsen, 787 Kälber, 138 Schweine, 86 Schafe. Alles wurde verkauft. Der Verlauf des Marktes war lebhaft. Infolge geringerer Zufuhr waren die Preise anormal. Man erlöste aus 1 Zentner Lebendgewicht für Ochsen erste Qualität 42-45 000, zweite 30-33 000, Bullen erste 37 500-40 000, zweite 32-35 000, Jungkinder erste 43-46 000, zweite 38-41 000, dritte 30-33 000, Kälber erste 32-36 000, zweite 25-31 000, dritte 17 bis 23 000, Schafe erste 60-63 000, zweite 57 bis 59 000, dritte 52 500-56 000, Schweine infolge geringer Zufuhr keine Notierung.

Lezte Nachrichten.

Besprechung beim Reichskanzler.

WZB. Berlin, 29. Dez. Die von den Epigenorganisations der Gewerkschaften angeregte Besprechung fand gestern Nachmittag beim Reichskanzler statt. Einleitend betonte der Reichskanzler, daß es die Regierung als ihre Pflicht betrachte, mit allen Parteien und Klassen an der Lösung der schwebenden Fragen zusammenzuarbeiten und daß es der Wunsch sei, die Zeit bisher nicht zu einer Besprechung mit den Gewerkschaften kommen ließ. Die Epigenorganisationen hätten ihre Wünsche vorher schriftlich unterbreitet. Sie betrafen u. a. zunächst den zu erwartenden neuen Brotpreis und die Frage, wie dessen Erhöhung der werkschaftlichen Bevölkerung ermöglicht werden könne. Der Reichsarbeitsminister erklärte dazu, daß bereits Vorbereitungen auf dem Gebiete des Lohn- und Gehaltswesens getroffen seien und daß sofort nach Feststellung des Ausgabepreises der Reichsregierung eine neuerliche Prüfung mit den beteiligten Organisationen im Reich und in den Ländern und mit den wirtschaftlichen Organisationen gewonnen werde. Bei der Aussprache über das Reichseinkommensteuergesetz wurde von den Gewerkschaften Wertes auf die starke Belastung der Lohn- und Gehaltsempfänger und auf die Unbilligkeit hingewiesen, die sich als Folge der Geldverwertung auf der verfallenen Steuerzahlung anderer ergebe. Der Reichskanzler verwies auf den dem Reichsrat zur Abstellung dieser Mängel vorliegenden Gesetzentwurf und auf die Bemühungen der Reichsregierung zur schärferen Erfassung und schneller Erhebung der Steuern. — Zur Frage der Wohnungsfürsorge wurde darauf hingewiesen, daß eine sehr wesentlich gesteigerte Wohnungsbauabgabe verbunden sein müsse mit weitgehender Einwirkung auf die Preise aller Baustoffe, insbesondere auf die Preise für Holz, und daß eine weitere Voranschätzung die Beibehaltung der jetzigen Wohnungsgesetzgebung sei. Des Weiteren wurde über die Preisgestaltung und die Möglichkeit der Verhinderung der übermäßigen Verteuerung der Waren gesprochen. Im weiteren Verlauf der allgemeinen Aussprache über innenwirtschaftliche Maßnahmen erklärte der Reichskanzler, daß nach dem Willen der Regierung zur Tragung der unabwehrbaren Kosten alle Kreise unseres Volkes nach Möglichkeit ihres Könnens heranzuziehen seien.

Amerikanisches Hilfswort für deutsche Kinder.

WZB. Berlin, 28. Dez. Mit Rücksicht auf die zunehmende Nahrungsnot deutscher Kinder beginnt in Amerika im Januar ein neuer großer Werksfeldzug für das Hilfswort in Deutschland. Zur Weiterführung der Kinderpeisung im Winter 1922/23 stellte das Central Committee for the Relief of Distress in Germany and Austria in New York aus den gesammelten Mitteln vor kurzem dem deutschen Zentralausschuß für Auslandshilfe circa 100 000 Dollar zur Verfügung, sodaß der Gesamtbetrag der amerikanischen Spende für die Kinderpeisung im Winter sich auf 850 000 Dollar beläuft. Im Rechtsrat des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft, der die Bestimmung der geltenden Anordnungen feststellen hat, sind insgesamt 1750 Millionen M. zu dem gleichen Zweck eingestuft worden. Mit Hilfe dieser Mittel wird es möglich sein, in den verschiedenen Teilen Deutschlands bis zum 31. März 1923 täglich durchschnittlich 475 000 kleineren und Schulkindern, Jugendlichen, sowie kranken und kranken Müttern notwendige Mahlzeiten zu verabreichen und dadurch der drohenden Unterernährung unserer heranwachsenden Jugend entgegenzuwirken.

Diebstahl.

WZB. Berlin, 29. Dez. Aus dem Kaiserlichen Museum in Genua ist eine Reihe von außerordentlich kostbaren Gegenständen gestohlen worden. Das wertvollste Stück ist eine goldene mit Diamanten besetzte Taschenuhr aus dem Jahre 1780, die im Besitz der Maria Pawlowna gewesen ist. Von den Raubtieren fehlt jede Spur.

Für die Sachschädigung verantwortlich: Ludwig Kauf. Druck und Verlag: der W. Niederischen Buchdruckerei Altenstele.

